

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Rainer Hable, Kollegin und Kollegen
betreffend Österreich öko-LOGISCH steuern

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Rechnungshofausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes, Reihe Bund 2013/3 (III-16/231 d.B.)

In den vergangenen Jahren wurde immer wieder - mehr oder weniger intensiv und ambitioniert - über die Ökologisierung des Steuersystems diskutiert. Andere EU-Mitgliedstaaten wie Dänemark oder Schweden haben derartige Schritte schon vor Langem gesetzt und bewiesen, dass eine ökologische Steuerstrukturreform die doppelte „Dividende“ erreichen kann: nämlich sowohl eine Reduktion der CO₂-Emissionen als auch eine Ankurbelung von Wirtschaft und Beschäftigung. Auch der vor Kurzem veröffentlichte Bericht der Globalen Wirtschafts- und Klimakommission beweist: Wirtschaftswachstum und Klimaschutz ("doppelte Dividende") sind vereinbar. Insbesondere ermöglichen technologischer Wandel und Innovation die Etablierung neuer Wirtschaftszweige, die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sowie eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Schweden begann bereits 1990 mit einer Umschichtung der Steuerlast vom Faktor Arbeit hin zu Umweltsteuern. Dies erfolgte in mehreren Stufen, wonach der Faktor Arbeit signifikant entlastet wurde, das Bruttoinlandsprodukt um 48% anwuchs (1990 bis 2007) und die CO₂-Emissionen im gleichen Zeitraum um 9% zurückgingen. All dies konnte bei sehr niedrigen administrativen Kosten in Höhe von nur 0,01% des Steueraufkommens erreicht werden.

Die energieintensive Industrie erhielt im Zuge der Einführung in Schweden einen reduzierten Steuersatz um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und dennoch durch den graduellen Anstieg der CO₂-Steuer einen klaren, planbaren Anreiz zur Realisierung von Effizienzpotentialen zu haben. Die volle Steuer wurde schrittweise auf die Verwendung fossiler Brennstoffe, für das Heizen sowie den Verkehr angewandt.

Angesichts der alarmierenden Berichte des Internationalen Klimarats ist eine ökologische Steuerreform aktueller denn je. Erst im Juli 2014 veröffentlichte der Internationale Währungsfonds (IMF) ein Buch zum Thema "Getting energy prices right" (Juli 2014). Eine der zentrale Aussage darin lautet: „Viele Länder erheben zu hohe Steuern auf Arbeit und Kapitalbildung und zu geringe Steuern auf den Energieverbrauch.“

Das gilt auch für Österreich. Die dringend erforderliche Steuerreform bietet die Chance, die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit (Senkung der Lohnsteuer und der Arbeitskosten) teilweise durch die Anpassung einer verursachergerechten Ressourcenbesteuerung zu finanzieren, wobei insgesamt eine deutliche Steuerentlastung der Bürger_innen erfolgen muss.

Aus Sicht von NEOS wäre es ein enormes Versäumnis, eine Steuerreform ohne Miteinbeziehung ökologischer Komponenten durchzuführen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

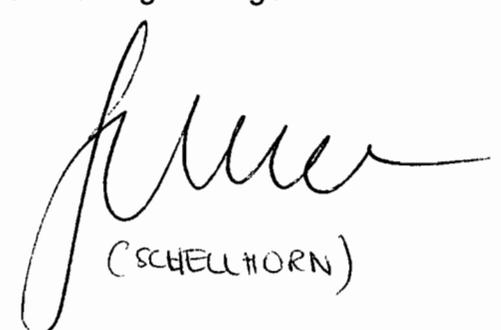
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

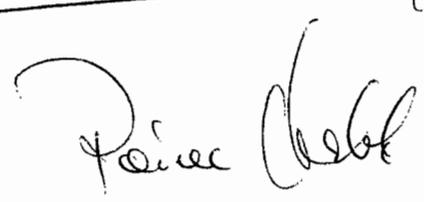
Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Finanzen - in Abstimmung mit dem Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft - möge im Rahmen der geplanten Steuerreform die vorhandenen Potentiale einer Ökologisierung der Steuerstruktur ausschöpfen, wobei die mögliche "doppelte Dividende" zu maximieren ist, und etwaige Verteilungseffekte zum Nachteil unterer Einkommensschichten sozial verträglich abzufedern sind."

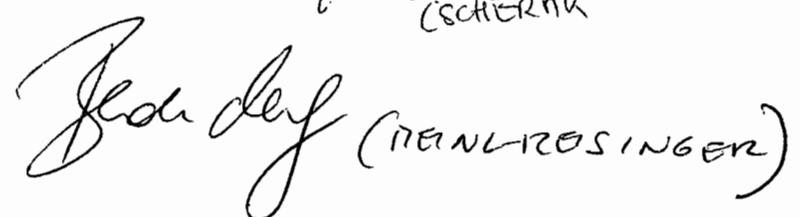
In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Finanzausschuss vorgeschlagen.


(VANRIK)


(SCHELLHORN)


(HARBER)


(SCHERMITZ)


(RENNER)